

**POSTULAT** von Claudio Schmid (SVP, Bülach), Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) und Willy Haderer (SVP, Unterengstringen)

betreffend Inkasso der Mieten im Bereich der gesetzlich wirtschaftlichen Hilfe

---

Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie das Sozialhilfegesetz dahingehend abgeändert werden kann, dass die Gemeinden die Administration im Mietwesen bei Klientinnen und Klienten, die gesetzlich wirtschaftliche Hilfe beanspruchen, koordinieren. Es dürfen keine Barauszahlungen mehr gegenüber den Klienten gemacht werden.

Claudio Schmid  
Matthias Hauser  
Willy Haderer

Begründung:

Es gibt kein einheitliches System im Mietwesen. Nach wie vor zahlen etliche Sozialämter die Mieten bar aus in der Hoffnung, dass die Klientinnen und Klienten damit die Miete begleichen. Durch den gutgemeinten Ansatz, die Sozialhilfebezüglerinnen und Sozialhilfebezügler zu selbständigem Haushalten zu veranlassen, werden viele in solchen Situationen überfordert. Viele Klienten veruntreuen die für die Mietzahlung erhaltenen Gelder und bezahlen damit nicht die Mieten. Aus diesem Grund sollen die Gemeinden dazu angehalten werden, durch Direktzahlung der Miete an den Vermieter Missbrauch zu verhindern.